

Cannabis-Legalisierung | 13.04.2023 | Nr. 142/23

Dagmar Hildebrand und Hauke Hansen: Ampel relativiert die Gefahren von Cannabis

Die drogenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Dagmar Hildebrand und der gesundheitspolitische Sprecher Hauke Hansen, lehnen die Pläne der Bundesregierung zur Cannabis-Legalisierung strikt ab. Zu den vorgelegten Eckpunkten der Bundesminister Lauterbach und Özdemir erklären die beiden Abgeordneten:

„Ich bin mit dem Vorhaben der Minister Lauterbach und Özdemir weiterhin alles andere als einverstanden. Die Fakten zu den Gefahren einer Cannabis-Legalisierung liegen nach wie vor seit vielen Jahren auf dem Tisch: Kinderärzte und Psychiater warnen vor schweren Psychosen und durch die Entkriminalisierung wird zudem die Hemmschwelle abgebaut.

Das ständige Relativieren der Gefahren von Cannabis mit Blick auf das Rauchen und den Alkoholkonsum ist und bleibt erbärmlich und kann junge Menschen geradezu zum Konsum verführen“, so Hildebrand.

Dabei betone Minister Lauterbach in der Beschreibung seiner jüngsten Eckpunkte der Cannabis-Legalisierung sogar selbst (Zitat): "Die Gefahren von Cannabis für die kognitive und psychosoziale Entwicklung von Jugendlichen dürfen keinesfalls unterschätzt werden."

„Aus dieser unbestrittenen Tatsache die Schlussfolgerung zu ziehen, die Abgabe von Cannabis direkt an die Altersgruppe junger Erwachsener zu erlauben, die den Jugendlichen am nächsten steht und mit denen sie gemeinsame Freundeskreise unterhält, ist ebenfalls in keiner Weise hilfreich. Wenn der Minister glaubt, dass etwa beim gemeinsamen Konsumieren von Cannabis auf Partys die Weitergabe der Substanz fein säuberlich unter Beachtung der Altersgrenze erfolgt, befindet er sich auf dem Holzweg“, so Hildebrand weiter.

Auch ob eine "umfassende Wende im Umgang mit Cannabis erforderlich und überfällig ist", wie der Minister betone bleibe unklar. „Denn "erforderlich" ist eine Sache bekanntermaßen ja immer nur dann, wenn es kein milderes Mittel gibt, das den angestrebten Zweck genauso gut erreicht. Diese Rechtskenntnis dürfte auch der Bundesgesundheitsminister haben. Die entscheidende Frage, die sich hier stellt, ist: Gibt es wirklich kein milderes Mittel, das den sogenannten "Genusszweck" erfüllen kann? Muss es Cannabis, müssen es wirklich Drogen sein? Wohl kaum.

Dass Herr Lauterbach bei dem Thema "Legalisierung" seine Eckpunkte ausgerechnet mit dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft vorstellt, nicht jedoch mit dem für Rechtsfragen primär zuständigen Justizminister Buschmann, ist schon eine Besonderheit, die zur Fragwürdigkeit des gesamten Vorhabens nur allzu gut zu passen scheint", so Hildebrand.

„Das menschliche Gehirn ist etwa mit dem 25. Lebensjahr ausgewachsen. Der Konsum von Cannabis beeinflusst nachweislich das menschliche Gehirn und dessen Wachstum. Gerade bei jungen Menschen können hier schwere Schäden auftreten, die teilweise irreversibel und behandlungspflichtig sind. Bereits heute sind die Wartezeiten im Bereich der Psychiatrie sehr lang. Für Kinder und Jugendliche bedeutet das häufig, dass Schul-, Studien- und Ausbildungsabschlüsse nicht erreicht werden. Wenn die Vorschläge so beschlossen werden, werden wir in den nächsten Jahren zum Beispiel mehr Psychosen sehen. Die Ampel schweigt lieber zu diesem Thema und tut so, als wenn es hier kein Problem gibt. Das zeigt, dass es Lauterbach tatsächlich nur um medienwirksame Presseauftritte und romantische Klientelpolitik geht und nicht um die Gesundheit, insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, so der Gesundheitsexperte Hauke Hansen.